

Es gilt das gesprochene Wort

Rede von Pius Jans, Präsident des Schweizerischen Obstverbandes

Agrarfreihandel: „Der Früchtesektor kann zu wenig Kosten senken“

Geschätzte Anwesende

Die Befürworter eines Agrarfreihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU fahren grobes Geschütz auf. Die Exportindustrie und zum Teil auch Organisationen aus der Landwirtschaft und nachgelagerten Stufen setzen aus Eigeninteressen die Politik unter massiven Druck. Ihre Strategie: Selber profitieren, die Nachteile auf „Randgruppen“ herabspielen oder diese mit klangvollen Abfindungs-Versprechen ruhig stellen. Auch die Konsumenten springen auf den Zug auf. Sie erhoffen sich günstigere Lebensmittel, obschon zum Beispiel Früchte und Gemüse in Frankreich, Italien, England oder Deutschland im Detailhandel etwa gleich teuer verkauft werden wie in der Schweiz.

Kommt ein uneingeschränkter Agrarfreihandel mit der EU zustande, gehören wir, die inländischen Produzenten und Verarbeiter von frischen Früchten und Obstprodukten, ganz eindeutig zu den Verlierern!

Ich untermaure diese Aussage mit drei Thesen.

Die Befürworter haben drei Hauptargumente: Sie wollen der Landwirtschaft

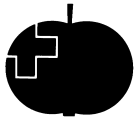
1. (erstens) **Kostensenkungspotenziale** verschaffen und
2. (zweitens) **Exportmöglichkeiten** bieten. Zudem gehen sie davon aus, dass
3. (drittens) der **inländische Grenzschutz** sowieso markant zurückgehen wird.

Meine These zum 1. Punkt:

Das Kostensenkungspotenzial im Früchtesektor ist marginal, weil der Anteil Arbeitskosten an den Produktionskosten überdurchschnittlich hoch ist.

Dazu ein Vergleich mit unseren Nachbarn im Vinschgau, Südtirol, und am deutschen Bodenseegebiet, am Beispiel der Tafeläpfel Golden Delicious, Ernte 2005. Ein Schweizer Obstproduzent erhält 92, ein EU-Produzent durchschnittlich knapp 50 Rappen: Bei einem Freihandel müssten die Schweizer Obstproduzenten also auf der Erlös-Seite mit einem Preiszerfall von rund 50 Prozent rechnen.

Die Kostenseite ist hier dargestellt: die Aufteilung der Produktionskosten für ein Kilo Golden Delicious in der Schweiz. Selbst wenn wir von den 92 Rappen die Kosten für Pflanzgut, Dünger, Pflanzenschutz, Hagelnetze und Bewässerung vollständig abziehen, kommen wir immer noch nicht auf den EU-Produzentenpreis. Der einfache Grund: Die Arbeitskosten alleine – rot markiert – machen in der Schweiz gleich viel aus wie in der EU die gesamten Produktionskosten: Bei den Tafeläpfeln sind es 56 Prozent. Das ist weit mehr als bei anderen Agrarprodukten.



Die logische Erklärung: Ein Saisonier kostet in der Schweiz knapp 20 Franken. In der EU die Hälfte. Als EU-Durchschnitt dienen Zahlen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Holland, Polen und Spanien.

Wir alle wissen: das Schweizer Lohnniveau ist durch die Bilateralen Verträge geschützt und von einem allfälligen Agrarfreihandelsabkommen nicht tangiert.

Ich komme zum 2. Argument, den angeblichen Exportmöglichkeiten. Dazu meine These:

Mit Ausnahme von Nischenmärkten wartet im übersättigten EU-Markt kein Mensch auf die Frischobst-Exporte aus der Schweiz! Etwas anderes zu glauben wäre realitätsfremd.

Zynisch ausgedrückt kann ich den Befürwortern sogar Recht geben: Der Export von Frischobst wird zunehmen. Denn er ist bis heute wegen dem hohen Schweizer Kostenniveau kaum existent. Und dies obschon die Schweiz bereits heute 3000 Tonnen Tafeläpfel und 3000 Tafelbirnen **zollfrei** in die EU exportieren könnte. Pro Jahr! Dennoch wurden auch nach einer Grosseernte im vergangenen Jahr – unterstützt mit Beiträgen des Schweizerischen Obstverbandes – nur 2400 Tonnen Tafeläpfel exportiert. Und in den Jahren 2004 bis 2006 waren es noch viel weniger: im Schnitt 500 Tonnen Äpfel.

Ein Wort zum so genannten „Swissness“-Bonus: Ich kriege oft zu hören, dass dank „Swissness“ im In- und Ausland ein Mehrpreis für unsere hochwertigen Produkte Schweizer Herkunft realisiert werden könnte. Ich muss Ihnen sagen: gerade unsere Frischprodukte unterscheiden sich optisch / äusserlich leider nicht von Frischprodukten aus dem Ausland. In der Marketingsprache ist dies ein „Commodity-Produkt“, also ein austauschbares Produkt.

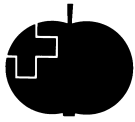
Den Konsumenten den Mehrwert von unverarbeiteten und unverpackten Schweizer Früchten bekannt zu machen - d.h. die Nähe, Frische, umweltfreundliche Produktion etc. - wäre sicher eine Herausforderung. Und glauben Sie mir: wir würden alles daran setzen, diese oft propagierte und wohlklingende „Qualitätsstrategie für die Schweizer Landwirtschaft“ in die Praxis umzusetzen.

Nur geht eine Studie der Uni St. Gallen davon aus, dass Produkte mit diesem Mehrwert im Inland allerhöchstens 10 Prozent teurer angeboten werden dürfen als herkömmliche Importprodukte. DAS wird die Realität sein!

Zum 3. Argument, dem **Grenzschutz**: Die Befürworter sagen, im Rahmen der WTO werde die Schweiz ohnehin gezwungen sein, Zölle massiv abzubauen. Ich bin mir zwar bewusst, dass die Zölle nicht in Stein gemeisselt sind. Aber dazu meine dritte These:

Genauso wenig wie die weltweite Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion und deren Preisentwicklung voraussehbar ist, wissen wir heute, wie stark die WTO-Konzessionen letztlich sein werden und wann sie in Kraft treten.

Mit solchen Sachzwängen zu argumentieren ist keine sehr mutige Haltung.



Doch es kommt noch schlimmer: Um den Weg zu ebnen, schliessen unsere Handelsminister eigenmächtig und proaktiv mit Ägypten, Südafrika, Brasilien, China und weiteren Drittstaaten Freihandelsabkommen ab oder bereiten diese vor. Dabei wird die Schweizer Agrarwirtschaft Stück für Stück geopfert. Ich fordere die Politik auf, diese Salamtaktik nicht mehr länger zu dulden. Dieser „Freihandels-Mix“ untergräbt letztlich die Ernährungssouveränität unseres Landes.

Ich komme zum Schluss:

Der Früchtesektor ist und bleibt ein Spezialfall in der Landwirtschaft. Er hat die höchsten Arbeitskostenanteile, geringe Exportchancen und eine hohe Flächenproduktivität mit verhältnismässig wenig staatlicher Stützung. Er muss in der Diskussion um ein Agrarfreihandelsabkommen deshalb – mit dem Gemüsesektor - gesondert betrachtet werden. Dazu stellen wir klare Forderungen an die Politik. Direktor Bruno Pezzatti wird später auf unsere Forderungen im Detail eingehen.